

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Frauen

**LAND
BRANDENBURG**



1. Frauenreport

Land Brandenburg

1. Frauenreport Land Brandenburg

Herausgeber:
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
des Landes Brandenburg
Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit
Thomas Wendt
Heinrich-Mann-Allee 103, Haus 5, 14473 Potsdam
Redaktion: Tatjana Böhm
Satz u. Druck: UNZE-Verlagsgesellschaft mbH Potsdam

Februar 1993

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung obliegt der jeweiligen Autorin bzw. dem jeweiligen Autor.

Leiter der Autorengruppe: *Gunnar Winkler*

Autorinnen und Autoren

1. Bevölkerungsentwicklung
Dorbritz, J. (1.2, 1.3)
Menning, S. (1.3, 1.4)
Nowossadeck, E. (1.1)
2. Erwerbsarbeit - Bildung - Sozialstruktur
Miete, H. (2.1., 2.2.)
Dorbritz, J. (2.5)
Burkhardt, M. (2.1.4)
Hahn, T. (2.3), *Hanf, T.* (2.4)
Kirchhöfer, D. (2.3)
Preuß, H. (2.2)
3. Materielle Lebensbedingungen
Ebert, E. (3.1)
Eisenberg, W. (3.2)
4. Frau und Familie
Gysi, J. (4.4)
Meyer, D. (4.1-4.3)
Otto, A. (4.2)
Staufenbiel, N. (4.3)
Zierke, I. (4.2.3.2)
5. Frauen im Rentenalter
Schwitzer, K. (5.1-5.4, 5.6)
Liebscher, R. (5.5)
6. Frauen und demokratische Mitbestimmung
Weichert, B. (8.1, 8.2)
Priller, E. (8.3)
Waltenberg, Ch. (8.4)

Empirische Untersuchung Leben '91 Brandenburg:

H. Götze (Ltr.), *H.-J. Brandt*, *E. Brislinger*, *G. Enderlein*, *B. Hausstein*, *C. Hennig*, *B. Krüger*, *R. Liebscher*, *J. Peinl*

Technische, tabellarische und graphische Gestaltung: *H. Wille*

Vorwort

Oft ist es gesagt worden, doch man kommt an der bitteren Aussage nicht vorbei: Frauen sind bisher die Verliererinnen der Einheit. Hatten in der DDR noch mehr als 90 Prozent aller Frauen einen sicheren Arbeitsplatz, war Anfang 1993 jede fünfte Frau ohne Arbeit. Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern beträgt zwei Drittel, ungeachtet der Fortbildungs-, Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ungeachtet auch der vielen in den Vorruhestand gedrängten Frauen. Die Entwicklung seit 1990 ist erschreckend: Mädchen erhalten weniger Lehrstellen als Jungen, Frauen verdienen weniger als Männer, sie werden als erste entlassen, sind länger arbeitslos, sie bekommen auch weniger Rente. Die Verdrängung der Frauen aus der Erwerbsarbeit, aus Politik, Kultur und Wissenschaft, aus dem gesamten öffentlichen Leben muß ein Ende haben.

Frauen machen mit 51,6 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung des Landes Brandenburg aus. Die vorliegende wissenschaftliche Studie ist ein Versuch, ihre Lebenslage und ihre Verhaltensweisen detailliert zu beschreiben. Sie soll zum einen die - nicht nur weibliche - Öffentlichkeit informieren. Sie soll zum anderen hel-

fen, die brandenburgische Frauenpolitik zu qualifizieren. Wer Probleme lösen will, muß die Ausgangsbedingungen kennen.

Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, was die Landespolitik leisten kann, angesichts des massiven ökonomischen und sozialen Einbruchs, den wir jetzt erleben. Wir dürfen aber ebensowenig Hoffnungslosigkeit zulassen und müssen immer wieder das tun, was uns trotz allem möglich ist. Unsere Landesverfassung enthält die Verpflichtung, für die Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf, im öffentlichen Leben, in Bildung und Ausbildung, in der Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung zu sorgen. Damit geht sie über das Grundgesetz hinaus. Das ist unser politischer Grundkonsens in Brandenburg. Wir werden daran gemessen, wie wir diesen Anspruch verwirklichen.

Potsdam, 1. April 1993

Regine Hildebrandt

Dr. Regine Hildebrandt

Inhalt

<i>Einleitung</i>	7
1. <i>Demographische und sozialökonomische Strukturen</i>	
1.1 Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung	11
1.2 Eheschließungen und Ehescheidungen	13
1.3 Geburtenentwicklung	16
1.4 Ausländerinnen	20
2. <i>Erwerbsarbeit - Bildung - Sozialstruktur</i>	
2.1 Erwerbsarbeit	24
2.1.1 Erwerbsarbeit - berechtigter Lebensanspruch der Frauen	24
2.1.2 Verdeckte Arbeitslosigkeit von Frauen und geschlechtstypische Segmentierung von Frauenerwerbsarbeit	28
2.1.3 Strukturen weiblicher Erwerbsarbeit	30
2.1.4 Arbeitsanforderungen und Zeitmuster weiblicher Erwerbstätigkeit	34
2.1.5 Frauen im Beschäftigungsbild brandenburgischer Unternehmen	39
2.2 Frauen auf dem Arbeitsmarkt	42
2.2.1 Frauenarbeitslosigkeit	42
2.2.2 Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt	44
2.2.3 Rückkehr ins Erwerbsleben	45
2.2.4 Frauen in ABM	48
2.2.5 Frauen in Fortbildung/Umschulung	48
2.3 Bildung/Qualifikation	49
2.3.1 Bildungssystem	49
2.3.2 Berufsausbildung/Berufsstrukturen	53
2.4 Sozialer und ökonomischer Wandel und Sozialstruktur	55
2.5 Zur Migration in Brandenburg	58
3. <i>Materielle Lebensbedingungen</i>	
3.1 Einkommens- und Verbrauchsentwicklung	63
3.1.1 Generelle Entwicklungstendenzen von Einkommen und Preisen in Ostdeutschland	63
3.1.2 Spezielle Tendenzen der Einkommensentwicklung im Land Brandenburg und von Frauen	69
3.1.3 Veränderungen der Ausgabenstrukturen der Familieneinkommen	74
3.2 Wohnverhältnisse im Land Brandenburg	84
4. <i>Frau und Familie</i>	
4.1 Wertorientierungen	90

Tabelle 1.6: Frage: Zu wie vielen Kindern würden Sie jungen Leuten heutzutage raten?

	männlich	weiblich
	(Antworten in Prozent)	
zu 1 Kind	15,8	20,2
zu 1 - 2 Kindern	42,4	46,6
zu 2 Kindern	23,8	18,8
zu 2 - 3 Kindern	3,8	2,6
zu 3 Kindern	0,7	0,4
zu mehr als 3 Kindern	0,2	0,0
ich würde von Kindern abraten	6,2	5,0
ich weiß nicht	7,1	6,3

Quelle: *Leben '91 Brandenburg*

wünschen sich unter den gegenwärtigen Umständen mehr als 2 Kinder (ca. 20 %). Betrachtet man darunter die jüngeren Frauen, die noch kinderlos sind oder ein Kind geboren haben, dann dominiert der Wunsch nach einem Kind. Der Wunsch nach drei Kindern stellt eine absolute Ausnahme dar. Nach diesen Ergebnissen ist die Einstellung der Frauen zum Zusammenleben mit Kindern im Land Brandenburg in der Phase der sozialen Transformation zunächst wenig verändert. Dagegen kündigt sich bei den Männern be-

Tabelle 1.7: Der Wert „Mit Kindern leben“ im Land Brandenburg 1991 - Angaben in Prozent -

Wichtigkeit	Frauen	Männer
sehr wichtig	75,1	56,4
wichtig	16,6	19,6
mittelmäßig wichtig	2,9	12,9
weniger wichtig	3,9	9,2
unwichtig	1,5	1,8

Quelle: *Leben '91 Brandenburg*

reits ein Einstellungswandel an, der als Reaktion auf die neue soziale Situation zu interpretieren ist. Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen, in denen ein Wunsch von durchschnittlich 1,9 Kindern festgestellt wurde, konnten 1991 nur 1,6 ermittelt werden. Der Wunsch, kinderlos zu bleiben, ist auf 5,4 % angewachsen. Mit mehr als 2 Kindern möchten nur ca. 13 % zusammenleben. Über die Erfüllung des Kinderwunsches entscheiden - zumindest gegenwärtig - die Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Lebensbe-

Tabelle 1.8: Kinderwunsch der Frauen in der DDR 1982, 1987, 1990 und in Brandenburg 1991 - Angaben in Prozent -

gewünschte Kinderzahl	1982	1987	1990	1991
keine Kinder	1,5	0,9	0,6	2,1
1 Kind	19,5	11,4	18,8	19,8
1 bis 2 Kinder	7,1	17,7	...	5,3
2 Kinder	53,1	50,3	68,9	54,6
2 bis 3 Kinder	8,5	12,4	...	3,5
3 Kinder	7,7	6,1	8,2	10,8
mehr als 3 Kinder	2,6	1,2	3,5	3,7
durchschnittlich gewünschte Kinderzahl	1,90	1,93	1,96	1,95

Quelle: *Mehrere Untersuchungen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik*

dingungen und die Erwartung über ihre zukünftigen Veränderungen. Die Befragungen zeigen, daß die Möglichkeiten, mit Kindern zu leben, differenziert beurteilt werden. Mehr als die Hälfte der Befragten (58,3 %) gibt an, sehr zufrieden bzw. zufrieden zu sein. Eine deutliche Unzufriedenheit ist nur bei 15 % der Befragten festzustellen. Die Erwartungen dar-

über, wie sich im Land Brandenburg die Bedingungen für das Zusammenleben mit Kindern verändern werden, sind eher als pessimistisch zu beurteilen. 46,7 % erwarten eher eine Verschlechterung. Nur 23,9 % denken, daß sie sich in den nächsten Jahren verbessern werden. Deutlich wird, daß Aspekte der Existenzsicher-

Tabelle 1.9: Frage: Welche Bedingungen müßten Ihrer Meinung nach unbedingt erfüllt sein, wenn sich junge Leute jetzt für die Geburt eines Kindes entscheiden?

	männlich	weiblich
	(Antworten in Prozent)	
beide Partner sollten berufstätig sein	28,1	33,0
die Partner sollten ein regelmäßiges und ausreichendes Einkommen haben	88,9	86,9
das Paar verfügt über Sparrücklagen	19,5	19,8
die zukünftigen Eltern sind verheiratet	26,9	19,4
das Paar verfügt über eigenen Wohnraum	79,6	82,0
in der Wohnung ist Platz für ein Kinderzimmer	62,5	58,5
die Mutter oder der Vater können in gleitender Zeit oder verkürzt arbeiten	18,0	25,5
der Erziehungsurlaub ist ohne Probleme auch für Väter möglich	35,8	43,2
die finanziellen Zuschüsse vom Staat werden für Kinder erhöht	50,9	59,4
die Betreuung der Kinder unter drei Jahren in sozialen Einrichtungen ist garantiert (je nach Wunsch der Eltern)	58,8	68,1
Möglichkeiten zur Betreuung von Schulkindern in deren Freizeit bestehen außerhalb der Familie	45,1	56,5
es gibt mehr Wahlmöglichkeiten für die soziale Betreuung von Kindern bis zum 6. Lebensjahr	27,1	37,5
die Umweltsituation in meiner Region muß erträglich sein	64,2	63,8
mehr familienpolitische Leistungen als bisher	41,7	48,1
die Welt ist ohne Krieg	80,3	83,5
die künftigen Eltern haben sich ihre wichtigsten materiellen Wünsche bereits erfüllt	7,9	11,2

Quelle: *Leben '91 Brandenburg*

Vergangenheit davon aus, daß familiäre Verpflichtungen von Frauen ihre berufliche Leistungsfähigkeit und Initiative (auch über die Arbeitszeit hinaus) zuungunsten der Unternehmen beeinflussen. Ein solches Verhalten unterstützt eine strukturelle Unvereinbarkeit von Frauenbeschäftigung und Arbeitsmarkt und erschwert nicht nur den Neuzugang zur Erwerbstätigkeit für arbeitslose Frauen mit Kindern. Bereits jetzt kommen erste Hinweise von Ärzten, daß es auch auf die Ebene der Kinder selbst durchschlägt. Es gibt Beispiele in brandenburgischen Kindereinrichtungen, daß Mütter aus Angst um ihren Arbeitsplatz Kinder auch mit ernsthaften, sogar infektiösen Erkrankungen in die Einrichtung bringen. Steigend ist die Tendenz der Selbstmedikation von Kindern durch die Eltern und die bewußte Vermeidung des notwendigen Arztbesuches selbst bei entsprechender Aufforderung durch das Krippen- bzw. Kindergartenpersonal. Vor allem die bei vielen neuen Arbeitsverhältnissen obligatorische Probezeit wirkt hier negativ. Im Rahmen dieser Probezeit wird bereits eine einwöchige Arbeitsunterbrechung infolge Krankheit des Kindes von Unternehmen nicht selten als Anlaß genommen, das Arbeitsverhältnis wieder zu beenden.

2.2 Frauen auf dem Arbeitsmarkt

2.2.1 Frauenarbeitslosigkeit

Die im Vorangegangenen genannten Zusammenhänge prägen die aktuelle Situation der

Tabelle 2.21: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Bundesland Brandenburg, differenziert nach Geschlecht (Juni 1990 bis Juli 1992)

Zeitpunkt	Arbeitslose insgesamt	arbeitslose Frauen	Anteil der Frauen an Arbeitslosen insgesamt
Juni 1990	22.892	11.200	46,9
Juli 1990	42.667	21.398	50,1
November 1990	94.834	48.325	51,0
Januar 1991	115.291	60.751	52,7
Juli 1991	165.097	94.601	57,2
Dezember 1991	161.937	96.607	59,7
Februar 1992	199.444	120.863	60,6
Juli 1992	184.168	116.281	63,1

Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wie in den anderen neuen Bundesländern sind im Land Brandenburg Frauen überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

Bereits seit Juli 1990 überstieg die Anzahl der arbeitslosen Frauen im Land Brandenburg die der Männer. Im Februar 1992 standen 78.581 arbeitslosen Männern 120.863 arbeitslose Frauen gegenüber. Ihr Anteil an den Arbeitslosen betrug damit 60,6 %.

Ein Blick auf die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen) macht das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht des Arbeitsmarktes noch deutlicher: Die Arbeitslosenquote betrug im Juli 1992 bei Männern 10,6 %, bei den Frauen erreichte sie bereits 19,8 %.

Von den Arbeitsamtsbezirken des Bundeslandes Brandenburg hatte im Juli 1992 der Bezirk Potsdam mit 65,8 % den höchsten Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich auf der Ebene der Kreise. 22 der 40 Kreise liegen über dem Level von 60,6 %.

Teilweise erheblich über dem Durchschnitt liegt der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen in den Kreisen Bad Liebenwerda, Lübbenau, Königs Wusterhausen, Belzig, Brandenburg, Zossen und Herzberg. Besonders an Frauen adressierte Arbeitsmarktaktivitäten scheinen in den Kreisen Spremberg, Herzberg und Königs Wusterhausen erforderlich, wo hoher Anteil der Frauen an den Arbeitslosen mit ihrem niedrigen Anteil an den 1989 Erwerbstätigen kontrastiert.

Die größte Anzahl arbeitsloser Frauen entfiel im Jahresdurchschnitt 1991 auf die Kreise Potsdam (5.764), Oranienburg (4.107), Brandenburg (4.081),

Fürstenwalde (3.861) und Cottbus (3.858).

Die Arbeitsmarktstatistik macht aber auch deutlich, daß - wie eingangs begründet -

Tabelle 2.22: Anzahl der arbeitslosen Frauen und ihr Anteil an den Arbeitslosen nach Arbeitsamtsbezirken des Bundeslandes Brandenburg (Juli 1992)

Arbeitsämter	Arbeitslose insgesamt in Personen	arbeitslose Frauen in Personen	Anteil der Frauen an Arbeitslosen insgesamt in Prozent
Cottbus	43.577	28.441	65,3
Eberswalde	29.651	17.606	59,4
Frankfurt/O.	28.797	17.774	61,7
Neuruppin	43.215	26.847	62,1
Potsdam	38.928	25.613	65,8

Tabelle 2.23: Anteil der Frauen an den Arbeitslosen (Stand: Februar 1992) und an den Berufstätigen (Stand: 1989) in besonders von Frauenerwerbslosigkeit betroffenen Kreisen - Angaben in Prozent -

Arbeitsamtsbereich	Frauenanteil an den Arbeitslosen (Februar 1992)	Frauenanteil an den Berufstätigen (September 1989)
Bad Liebenwerda	66,2	51,4
Spremberg	59,4	39,1
Lübben	64,4	51,2
Königs Wusterhausen	64,3	49,8
Zossen	65,4	52,9
Herzberg	63,1	47,5

Tabelle 2.24: Arbeitslose nach Geschlecht in ausgewählten Berufsgruppen im Land Brandenburg (März 1992)

Berufsgruppe	Arbeitslose		Anteil der Frauen an den Arbeitslosen (%)
	Männer	Frauen	
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	2.336	20.493	89,8
Ernährungsberufe	2.896	11.951	80,5
Warenkaufleute	957	16.258	94,4
Pflanzenbau-, Tierzucht-, Fischereiberufe	8.584	12.405	59,1
Reinigungsberufe	826	9.408	91,9
Textil-, Bekleidungsberufe	310	5.107	94,3
Sozial-, Erziehungsberufe	986	4.150	80,8

Tabelle 5.3: Die Anzahl und die durchschnittliche Höhe der laufenden Renten (Pflichtrente und FZR)* am 30.6.1990, 1.7.1990, 1.1.1991 und 1.7.1991 in der gesetzlichen Rentenversicherung im Beitrittsgebiet - Vollrenten -

Stichtag	Anzahl der Renten			Durchschnittliche Höhe der Renten in M/DM/Monat		
	Versichertenrenten an Männer und/oder Frauen	Hinterbliebenenrenten		Versichertenrenten an Männer und/oder Frauen	Hinterbliebenenrenten	
		Witwen- u./oder Witwerrenten	Waisenrenten		Witwen- u./oder Witwerrenten	Waisenrenten
	a) Männer					
30.6.1990	885 004	83	-	572,32	375,61	-
1.7.1990	885 004	83	-	739,04	437,14	-
1.1.1991	889 489	82	-	870,30	485,26	-
1.7.1991	897 215	84	-	1 001,20	551,70	-
	b) Frauen					
30.6.1990	1 995 923	79 239	-	431,59	370,71	-
1.7.1990	1 995 923	79 239	-	524,00	476,96	-
1.1.1991	1 987 146	92 720	-	619,86	565,12	-
1.7.1991	1 991 227	97 695	-	716,44	652,63	-
	c) Männer und Frauen					
30.6.1990	2 880 927	79 322	83 467	474,82	370,72	190,5
1.7.1990	2 880 927	79 322	83 467	590,06	476,92	233,9
1.1.1991	2 876 635	92 802	77 746	697,30	565,05	267,9
1.7.1991	2 888 442	97 779	80 233	804,89	652,54	313,1

*) Zu den Stichtagen 30. Juni 1990 und 1. Juli 1990 Rentenhöhen abgeschätzt aus Angaben zur Höhe der Renten aus der Sozialpflichtversicherung und der freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR), am 1. Januar 1991 und 1. Juli 1991 Ergebnisse der Rentenbestandsaufnahme des VDR.

Quelle: Renten Anpassungsbericht 1991 Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1841, S. 16

dern schlägt für rd. 1/3 der Rentnerinnen auf der Verlustseite zu Buche. Vorläufig wird bis 1996 die Differenz gegenüber dem bisherigen Rentenbetrag durch einen Auffüllbetrag ausgeglichen, der jedoch dann jährlich zu 20 % abgetragen wird. Da allerdings ab sofort nur die eigene Versichertenrente und nicht der

Auffüllbetrag in die Rentendynamisierung einbezogen wird, muß davon ausgegangen werden, daß die Frauenrenten künftig wesentlich langsamer steigen als Männerrenten. Einen gewissen Ausgleich für diese Schmälerung der eigenen Versichertenrente der Frauen sieht der Gesetzgeber in der Anwendung

Tabelle 5.4: Monatliches Nettoeinkommen der Rentnerinnen nach Altersgruppen - Angaben in Prozent -

Altersgruppe	Einkommen				
	600-799	800-999	1000-1249	1250-1499	über 1500
60 - 64	39,3	35,7	10,7	10,7	3,6
65 - 69	46,7	26,7	20,0	-	6,6
70 u. älter	55,6	25,9	11,1	-	7,4

Quelle: Leben '91 Brandenburg

Tabelle 5.5: Frage: Ermöglicht das monatliche Haushaltseinkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - Angaben in Prozent -

Frauen der Altersgruppen	ja	ja, mit bestimmten Einschränkungen	nein, es ist ziemlich knapp
	60 - 64	15,4	53,8
65 - 69	28,0	52,0	20,0
70 und älter	14,8	37,0	48,1

Quelle: Leben '91 Brandenburg

des bundesdeutschen Hinterbliebenenrentenrechtes vor. Geht man davon aus, daß etwa die Hälfte der Frauen im Alter von über 60 Jahren verwitwet sind und für diese in der Regel Anspruch auf Witwenrente besteht (60 % der Versichertenrente des Verstorbenen, wobei die eigene Versichertenrente der Witwe bei Überschreiten eines gewissen Festbetrages gegengerechnet wird), so verbessert sich für diese Frauen das Renteneinkommen.

Dabei treten insbesondere die niedrigeren Renteneinkommen in den höheren Altersgruppen häufiger auf und werden als „ziemlich knapp“ empfunden.

Für Brandenburg gilt ebenso wie für die anderen ostdeutschen Länder, daß die Höhe der Renten allein bestimmend für das materielle Lebensniveau der älteren Frauen ist. Die gegenwärtigen Rentner- und Vorrentnergenerationen sind nur in geringem Maße Inhaber von zusätzlichen Alters- und Lebensversicherungen. Vermögenswerte (z. B. Wohnungseigentum) konnten kaum gebildet werden, und andere, z. B. hochverzinsliche Geldanlagen, waren in der ehemaligen DDR unbekannt. Die Sparguthaben bei Geld- und Kreditinstituten

(1989: 9.700 M/je Einwohner) sowie die Guthaben in sparwirksamen Personenversicherungen (1989: 1.080 M/je Einwohner¹¹⁾, die zur Zeit der Währungsunion etwa ein Viertel des Niveaus in den alten Bundesländern ausmachten, wurden ab 6.000 DM halbiert. Zusätzliche Mittel für Not- und Wechselfälle des Lebens sind in der Regel nicht vorhanden, d. h., die finanzielle Situation der Altersrentnerinnen und Altersrentner reicht keinesfalls aus, um soziale Notlagen längerfristig zu überbrücken. Es muß auch davon ausgegangen werden, daß bei dem hohen Anteil von Arbeitslosen, Vorrüheständlern bzw. Beziehern von Altersübergangsgeld die Erwerbstätigkeit im Rentenalter als Quelle für eine Einkommenserhöhung künftig kaum eine Rolle spielen wird. 1989 arbeiteten 10,4 % der Rentnerinnen, vor allem in den Wirtschaftsbereichen produzierendes Handwerk, Land- und Forstwirtschaft sowie im Handel; von den jetzt befragten Rentnerinnen waren nur noch 4 % voll erwerbstätig, 3 % gingen einer Nebenerwerbstätigkeit nach. Neben dem Wunsch, das Renteneinkommen aufzubessern, waren vor allem die Befriedigung in der Arbeit, das Gefühl der Nützlichkeit und des Gebraucht-

6. Frauen und demokratische Mitbestimmung

6.1 Frauen in der Politik

Demokratie braucht die engagierte Mitarbeit aller Menschen in der Gesellschaft. Durch die demokratische Mitbestimmung haben Frauen und Männer die Möglichkeit, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben eines Landes zu gestalten. Obwohl Frauen in den letzten Jahren intensiver am öffentlichen Leben teilnehmen, ist ihr Einfluß in der Gesellschaft noch immer nicht zufriedenstellend. Noch immer gibt es wenige Bereiche, in denen Frauen angemessen vertreten sind. In der 40jährigen Geschichte der DDR herrschte in nahezu allen Bereichen - so auch in der Politik - die Erscheinung vor: Je höher die Leitungsebene und je größer bzw. weitreichender die politische Verantwortung waren, desto weniger Frauen waren vertreten. Das hat sich auch seit der Wende in der ehemaligen DDR und den heutigen neuen Bundesländern nicht geändert. Obwohl es nicht zuletzt und vor allem gerade Frauen waren, die in den neuen politischen Bewegungen ihre Erfahrungen und Vorstellungen einbrachten und maßgeblich zur politischen Qualität des Herbstes 1989 und Frühjahres 1990 in der DDR beitrugen. Seit der revolutionären Umgestaltung in der DDR brachten sich Frauen zwar zunehmend in die Machtprozesse der Gesellschaft ein, eine

ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechende Teilnahme an der Macht blieb jedoch aus. Das kann man global, uneingeschränkt für alle Wahlergebnisse des Jahres 1990/1991 und für alle neuen Bundesländer - so auch für Brandenburg - einschätzen. Das hohe Engagement, welches Frauen für die gesamtpolitischen Veränderungen und für ihre eigenen Interessen während der revolutionären Umgestaltung in der DDR zeigten, ist durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Aus einer Repräsentativerhebung¹¹ bei 1.432 Frauen zwischen 16 und 60 Jahren in der ehemaligen DDR im Oktober/November 1990 wird sichtbar, daß der Lebensbereich „Politik und öffentliches Leben“ in der Werteskala der Bedeutung der einzelnen Lebensbereiche verliert. Absolute Priorität hat bei ehemaligen DDR-Frauen die Familie mit Kindern und Partner, aber auch verständlicherweise der ziemlich hohe Rangplatz der Arbeit. Auch aus der Untersuchung Leben '91 Brandenburg läßt sich für das Land Brandenburg diese Tendenz nachweisen. Generell sind Frauen und Männer heute - im Vergleich zur Zeit vor oder um die Wende - weniger bereit, ihre Freizeit für Tätigkeiten in Bürgerinitiativen, Parteien oder Kommunen zu verwenden. 77,4 % der im Oktober 1991 befragten Frauen verneinen solche Art der Tätigkeit gänzlich. Bei den

Tabelle 6.1: Prozentualer Anteil von Frauen an den gewählten Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlungen - Kommunalwahlen Mai 1990 -

Stadtkreis	Frauen	Platzfolge
Cottbus	31,5	3.
Eisenhüttenstadt	39,2	2.
Frankfurt/Oder	23,9	6.
Schwedt/Oder	29,5	4.
Brandenburg/Havel	27,1	5.
Potsdam	40,9	1.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Tabelle 6.2: Prozentualer Anteil an Frauen an den gewählten Mitgliedern der Landkreise - Kommunalwahlen Mai 1990 -

Bezirk/Landkreis	Frauen	Platzfolge
Bad Liebenwerda	12,7	10.
Calau	24,0	4.
Cottbus	22,2	6.
Finstenwalde	12,3	11.
Forst	20,0	7.
Guben	15,9	9.
Herzberg	24,0	4.
Hoyerswerda	20,0	7.
Jessen	23,3	5.
Luckau	27,5	2.
Lübben	24,0	4.
Senftenberg	26,5	3.
Spremberg	32,9	1.
Weißwasser	16,7	8.
Belzig	20,0	10.
Brandenburg	18,0	12.
Gransee	25,0	4.
Jüterbog	24,5	5.
Königs Wusterhausen	24,4	6.
Kyritz	27,3	2.
Luckenwalde	15,0	14.
Nauen	21,4	8.
Neuruppin	10,6	15.
Oranienburg	21,3	9.
Potsdam	27,1	3.
Pritzwalk	18,2	11.
Rathenow	22,4	7.
Wittstock	32,0	1.
Zossen	17,5	13.
Angermünde	20,9	4.
Bad Freienwalde	26,8	2.
Beeskow	20,0	6.
Bernau	17,6	7.
Eberswalde	24,4	3.
Eisenhüttenstadt	20,0	6.
Fürstenwalde	27,0	1.
Seelow	20,0	6.
Strausberg	20,6	5.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Männern sind das 71,1 %. 11,5 % der Frauen und 15,4 % der Männer sind heute mehr oder ebenso mit politischer Arbeit in diesen Gremien in ihrer Freizeit beschäftigt. Etwas positiver

- aber schlechter als erwartet - fallen die Ergebnisse im Ensemble der Freizeitbeschäftigung für Tätigkeiten sozialer Dienste aus. 23,4 % der Männer und 20,0 % der befragten Frauen